

Strom- und Gaspreise explodieren: Milliarden Gewinne der Anbieter im Fokus!

Steigende Strom- und Gaspreise ab 2025: Experten warnen vor finanziellen Mehrbelastungen für Pensionisten in Österreich.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 11. Januar 2025 warnte Dr. Peter Kostelka, Präsident des unabhängigen Pensionistenverbands Österreich, vor den explodierenden Energiekosten. Die Strompreisbremse ist zum Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen und die Netzbetreiber heben die Stromgebühren im Durchschnitt um 23,1 Prozent sowie die Gaspreise um 16,6 Prozent an. Laut Angaben von **APA-OTS** ist mit Mehrkosten zwischen 400 und 800 Euro pro Haushalt zu rechnen, abhängig vom jeweiligen Anbieter. Kostelka betont, dass diese Erhöhungen besonders bedrohlich für Mindestpensionsbezieher sind.

Dringender Handlungsbedarf gefordert

Der Pensionistenverband fordert von der Politik, schnell neue Maßnahmen zur Unterstützung zu ergreifen, insbesondere seit die alte Regierung bereits abgelöst ist und ungewiss bleibt, wann die neue ihre Arbeit aufnimmt. Kostelka erwähnt, dass die Gewinne der Energieversorger im Vorjahr über 4 Milliarden Euro betragen und fordert, diese Unternehmen ebenfalls in die Pflicht zu nehmen. Da die Berechnungen zur Anpassung an die Energiepreiserhöhungen nur online verfügbar seien, spricht er von Altersdiskriminierung, die vor allem ältere Menschen ohne Internetzugang benachteiligt. Diese seien auf die Unterstützung

von Angehörigen angewiesen, was zusätzlichen Handlungsbedarf erfordere.

Kritik an Pensionssystem-Reformen

Gleichzeitig übt Kostelka auch scharfe Kritik an den Bestrebungen, das gesetzliche Pensionsantrittsalter anzuheben, da dies als eine indirekte Kürzung der Pensionen gewertet werden könne. Er argumentiert, dass die derzeitigen Reformen ungerechtfertigt seien, da Prognosen bis 2070 ein gesichertes Pensionssystem vorhersagen. In seinen Augen kann ein höheres Antrittsalter nicht die Lösung für die finanziellen Probleme der Pensionen sein. „Wir müssen Bedingungen schaffen, die es älteren Menschen ermöglichen, länger im Arbeitsleben zu bleiben,“ so Kostelka. Diese Auffassung wird zusätzlich durch die erheblichen wirtschaftlichen Beiträge der älteren Generation gestützt, die jährlich 50 Milliarden Euro über Konsum und Steuerleistungen in die Wirtschaft einbringen, wie **PVOE** berichtet.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• pvoe.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at